

**Rede**  
**des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration**  
**des Landes Nordrhein-Westfalen**  
**Herrn Armin Laschet**  
**anlässlich der**

**Landtagsberatung über die 'Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich  
zugesicherten Kinder- und Jugendförderung'**

**am 4. Mai 2006 in Düsseldorf**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Abgeordnete,

diese Landesregierung ist angetreten, Nordrhein-Westfalen zum familien- und kinderfreundlichsten Bundesland zu machen.

Was heißt das zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

- Es heißt, dass wir die Kinder und Jugendlichen, die heute in unseren Städten und Gemeinden leben, fördern und unterstützen.
- Es heißt aber auch, dass wir im Interesse künftiger Generationen unser Land aus der Schuldenfalle holen müssen.

Wenn wir im Gegenteil so weiter machen wollten, wie Rot-Grün es getan hat, dann würden wir den Kindern und Jugendlichen ihre gesellschaftliche Perspektive verbauen. Wir würden sie in eine Zukunft schicken, in der sich der Staat komplett bankrott erklären müsste und in der unser Land nicht mehr handlungsfähig wäre.

Das kann niemand wollen, der es mit der Verantwortung für die junge Generation wirklich ernst meint.

Deshalb ist es verlogen, wenn die heutige Opposition der Landesregierung Vorhaltungen macht.

Denn erstens sind es SPD und Grüne, die die Rekordverschuldung im nordrhein-westfälischen Haushalt herbeigeführt haben. - Und zweitens sind es diese beiden Parteien, die die Summe von 75 Millionen Euro für den Kinder- und Jugendförderplan beschlossen haben - in ihrem letzten Haushaltsplan 2004/2005.

Die neue Landesregierung will diesen Betrag fortschreiben und damit die Mittel für Kinder- und Jugendarbeit eben nicht kürzen, sondern auf stabilem Niveau halten. Und zwar im Gegensatz zu den allermeisten Titeln im Haushalt 2006.

Rot-Grün hatte mit Haushaltstricks noch mal nachgelegt und die Summen auf dem Papier erhöht. Aber der Vollzug war das nie transparent. So sind im Jahr 2005 nur 69,6 Millionen abgeflossen - zugegeben, da gab es eine Haushaltssperre - und im Jahr 2004 waren es 72,6 Millionen.

Wir wollen, dass die 75 Mio. Euro, die jetzt im Regierungsentwurf stehen, auch tatsächlich bei den Jugendlichen ankommen.

Ich weiß, dass die Erwartungen der Träger höher gewesen sind. Ich weiß, dass sie mit den 96 Millionen gerechnet hatten, die im Kinder- und Jugendförderungsgesetz vorgesehen waren.

Sie dürfen mir glauben: Auch ich hätte gern wesentlich mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgegeben.

Ich weiß, dass die Träger der Kinder- und Jugendarbeit wertvolle Arbeit leisten, die für die junge Generation und für unsere ganze Gesellschaft unverzichtbar ist.

Denn unsere Welt wird immer komplizierter, und Kinder und Jugendliche brauchen mehr denn je Unterstützung.

Das Erwachsenwerden war schon immer eine Lebensphase mit Problemen und Unsicherheiten. Aber in unserer globalisierten und virtuell vernetzten Welt sind Kinder und Jugendliche mit immer höheren Anforderungen konfrontiert. Und Eltern sind immer öfter darin überfordert, ihrem Nachwuchs bei der Lebensorientierung beizustehen.

Um so wichtiger sind daher die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Junge Menschen lernen hier, Verantwortung zu übernehmen und solidarisch miteinander umzugehen. Sie üben sich in Demokratie und Toleranz - alles unschätzbare wichtige Erfahrungen für die Entwicklung der Persönlichkeit und für das Miteinander in unserer Gesellschaft.

Deshalb hat die Landesregierung im Haushaltsentwurf den Schwerpunkt auf die direkte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesetzt. Wir haben die vorhandenen Mittel so

verteilt, dass für die verbandliche, die offene und die kulturelle Jugendarbeit mehr Geld zur Verfügung steht als bisher. (*Jugendverbandsarbeit von 15,5 auf 16,8 Mio. €, offene Jugendarbeit von 19 auf 25 Mio. €, kulturelle Jugendarbeit von 1,9 auf 2,1 Millionen €*)

Besondere Unterstützung und Förderung brauchen Kinder und Jugendliche, die in sozial schwachen Verhältnissen aufwachsen.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass die Fraktionen von CDU und FDP in den Haushaltsberatungen ein Sonderprogramm für Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten vorgeschlagen haben.

Dieses Geld (*4,5 Mio. €*) kommt an der richtigen Stelle an: bei den jungen Menschen, die die ungünstigsten Voraussetzungen haben, ihren Weg in unserer Gesellschaft zu finden.

Regierungsentwurf plus Antrag der Koalitionsfraktionen: Das ergibt fast 80 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendarbeit.

Das heißt, die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP stehen für Kontinuität und Weiterentwicklung in der Kinder- und Jugendförderung.

Wir stehen für eine verlässliche und verantwortliche Haushaltspolitik, weil wir

- heute eine vernünftige Förderpolitik machen
- und zugleich die Ausgaben begrenzen, um unserem Land auch morgen eine Perspektive zu geben.

Und das, meine Damen und Herren, ist ehrliche Kinder- und Jugendpolitik: dass wir den künftigen Generationen ein handlungsfähiges Nordrhein-Westfalen überlassen.